

Antrag Nr. 11-F-03-0093

Bündnis90/Die Grünen

Betreff:

Umweltfreundliche Erneuerung der städtischen Busflotte
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.10.2011 -

Antragstext:

Die Emissionsbilanz für NO_x weist mit einem Anteil von über 50 Prozent den Kfz-Verkehr als dominierende Emittentengruppe aus. Die Aufschlüsselung der Emissionsraten nach Kfz-Klassen und Antriebsarten zeigt, dass schwere Lkw und Busse bzw. der Dieselantrieb überproportional zur Emissionsrate in den Straßen beitragen. Da Pkw mit Ottomotoren, obwohl sie ca. 75 % Anteil am Kfz-Verkehr haben, nur ca. 20 Prozent zur NO₂-Emission und nur geringfügig zur PM₁₀-Emission beitragen, sind Maßnahmen zur Emissionsminderung vorrangig bei schweren Lkw und Bussen und nachrangig an allen anderen Dieselfahrzeugen anzusetzen. Die Erneuerung der Busflotte liegt im Handlungsermessen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Erst mit der Einführung von Euro Norm VI - Fahrzeugen wird eine merkliche Reduktion der NO_x-Emissionsbelastung eintreten, deshalb ist eine schnelle Umstellung auf Fahrzeuge dieser Typs bzw. alternativer umweltfreundlicher Antriebsarten (Hybrid, Elektro) wichtig, um die Schadstoffbelastung in Wiesbaden zu verringern.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit ESWE Verkehr eine Planung aufzustellen, die eine schnellere Umstellung der Busflotte auf Euro VI-Norm, bzw. Elektrobusse ermöglicht. Ziel ist bis 2015 eine doppelt so hohe Austauschrate wie vorgesehen zu erreichen, dies entspräche dem Austausch von rund 100 Fahrzeugen. Die Auswirkungen des Flottenwechsels sind damit statt nach 10 Jahren bereits nach 5 Jahren wirksam.
2. Ein Finanzierungsmodell für den oben erläuterten schnelleren Flottenaustausch zu erarbeiten.
3. Darzustellen, welche Schadstoffeinsparungen sich aus einem schnelleren Flottenaustausch ergeben.
4. Dem Ausschuss die Ergebnisse der Planungen rechtzeitig vor den kommenden Haushaltsverhandlungen vorzustellen, so dass die Mehrkosten für einen schnelleren Flottenaustausch in den kommenden Haushalt eingestellt werden können.

Wiesbaden, 02.11.2011